

Ost-Ausschuss Informationen 3/2021

46

Live-Schalte ins Land des Wirtschaftswunders

Berlin, Dortmund und Warschau: Dies waren am 9. Juni die Stationen der virtuellen Jahresveranstaltung des Ost-Ausschusses.

48

Forsa-Umfrage: Klare Mehrheit wünscht engere Beziehungen von EU und Russland

Zwei von drei Deutschen (62 Prozent) sprechen sich für intensivere Zusammenarbeit aus.

50

„Enge Verflechtung zählt sich aus“

Der deutsche Handel mit Mittel- und Osteuropa hat im März wieder Fahrt aufgenommen.

51

Ost-Ausschuss in Kürze

Live-Schalte ins Land des Wirtschaftswunders

Berlin, Dortmund und Warschau: Dies waren am 9. Juni die Stationen der virtuellen Jahresveranstaltung des Ost-Ausschusses. Das traditionelle Sommer-Event fand wegen der Corona-Epidemie online statt. Neben dem Ost-Ausschuss-Vorsitzenden Oliver Hermes in Dortmund wurde in Warschau der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki live zugeschaltet.

In seiner Keynote hob Ministerpräsident Morawiecki die Bedeutung Deutschlands für die polnische Wirtschaft hervor. „Deutschland ist unbestritten der erste Wirtschaftspartner Polens“, so der Premier. Der Handel mit Deutschland habe sich in den vergangenen 30 Jahren versiebenfacht und mache heute ein Viertel des gesamten polnischen Außenhandels aus. Der polnische Wirtschaftsaufschwung sei von den vielen deutschen Direktinvestitionen mitgetragen worden. Morawiecki verwies auf die 6.000 deutschen Unternehmen, die in Polen aktiv seien, darunter viele Mittelständler. „Diese bilaterale Mittelstandskooperation stimmt uns optimistisch für die Zukunft“, sagte Morawiecki.

Drei Faktoren seien für deutsche Investoren in Polen von besonderer Bedeutung, nämlich die qualifizierten Arbeitskräfte, der Ausbau der Verkehrs-, IT- und Energieinfrastruktur und die polnischen Investitionsanreize. „Wir sind hier so großzügig, wie es die EU-Regeln erlauben“, sagte Morawiecki. Im Hinblick auf den spürbaren Fachkräftemangel und den Infrastrukturausbau kündigte der Premier weitere Anstrengungen an. So soll die Berufsausbildung für spezielle Sektoren ausgebaut werden, um die Bedürfnisse der Unternehmen zu decken. Zudem setzt Warschau auf Anreize, um polnische Emigranten und Arbeitskräfte aus Belarus und der Ukraine anzulocken. Im Hinblick auf Verkehr und Energie durchlaufe sein Land gerade eine „Infrastrukturrevolution“, vor allem dank der Mittelzuflüsse aus der EU, aber auch aus dem polnischen Haushalt. Der jüngst von ihm verkündete „New Deal“ werde Polen zu einer großen Baustelle machen und die Wirtschaft weiterentwickeln.

Dramatische Transformation des Energiesektors

Morawiecki unterstrich das Bekenntnis Polens zum Green Deal. „Es gibt viele Ziele, die Deutschland und Polen gemeinsam erreichen können, und eines dieser ambitionierten zukünftigen Ziele ist die Energietransformation“, sagte er. Polen wolle sein Energiesystem durch den Einsatz von Erneuerbaren Energien und Wasserstoff dekarbonisieren. Zugleich warb er um Verständnis für die polnische Situation, die durch die große Bedeutung der Kohleindustrie geprägt sei: „Unsere Transformation ist wegen unserer Ausgangslage am schwierigsten“, sagte der Premier. Es sei eine dramatische Transformation, ähnlich wie im Ruhrgebiet: „Aber wir müssen es schneller schaffen“, so Morawiecki. Der Premier plädierte für die Nutzung von Erdgas und Kernkraft für die Stabilisierung des Energiesystems.

Der polnische Regierungschef sprach auch die Differenzen zu Deutschland etwa in der Politik gegenüber Russland und im Hinblick auf Nord Stream 2 an. Hier sei man sich nicht einig und wolle weiter das Gespräch suchen. Vor allem aber warb Morawiecki für die Zusammenarbeit Polens, Deutschlands und der EU in der Industriepolitik: „Wir sollten die Resilienz der EU bei kritischen Branchen stärken“, sagte er. „Wir sollten diese Lektion der Pandemie lernen. Wir brauchen eine weise Strategie, um die Industrie zu revitalisieren.“ Er sei froh, dass Deutschland und Polen bereits gemeinsam an der Industrie 4.0 arbeiteten, sagte er. Er werde sein Bestes geben, die Präsenz deutscher Unternehmen in Polen und umgekehrt zu fördern. „Ziel ist der wachsende Wohlstand und die Freundschaft unserer Völker.“

Hermes: „Polen ist wirtschaftliches Kraftzentrum“

Der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Oliver Hermes erinnerte an den bevorstehenden 30. Jahrestags der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags und lobte seinerseits die rasante Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. „Polen ist auch dank der intensiven Verflechtung der deutschen und polnischen Indust-



rie ein wirtschaftliches Kraftzentrum der EU geworden. Deshalb ist es eine gute Nachricht, dass Polen auch in der kommenden EU-Haushaltsperiode für 2021 bis 2027 und im Rahmen des EU-Programms Next Generation EU weiter stark gefördert wird. Hier warten große neue Chancen, sowohl für Polen als auch für die deutsche Wirtschaft.“

Diese gemeinsame wirtschaftliche Erfolgsgeschichte beider Länder solle, so der Ost-Ausschuss-Vorsitzende, viel stärker wertgeschätzt und wahrgenommen werden. „Mit Polen verbinden uns viele gemeinsame Überzeugungen: eine liberale, marktorientierte Wirtschaftspolitik, das Bekenntnis zu fiskalischer Disziplin und zum Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit der EU.“ Hermes unterstrich das Interesse der deutschen Wirtschaft an einer Zusammenarbeit bei Zukunftsthemen wie dem Green Deal und der Industrie 4.0. Hier könnten Deutschland und Polen gemeinsam eine Führungsrolle in Europa übernehmen. Im Hinblick auf die Energiewende griff Hermes in Dortmund den Verweis des Premiers auf das Ruhrgebiet auf, wo der Strukturwandel weg von Kohle immer noch im Gang sei.

Ost-Ausschuss richtet Arbeit auf Zukunftsthemen aus

Zum Abschluss gab der Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms einen Überblick über die aktuellen und geplanten Aktivitäten des Ost-Ausschusses. Dieser hat seine Arbeit in den vergangenen zwölf Monaten verstärkt auf zentrale Zukunftsthemen nach der Pandemie ausgerichtet, etwa im Rahmen von Initiativen zur Digitalisierung und bei der Umsetzung des Green Deals sowie von Wasserstoffpartnerschaften mit den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten und den östlichen Nachbarländern der EU. Im Anschluss an seine Keynote nahm Premier Morawiecki an einem vom Ost-Ausschuss organisierten exklusiven Wirtschaftsgespräch mit deutschen Investoren teil. Die Jahresveranstaltung des Ost-Ausschusses verfolgten live fast 200 Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Mitgliedsunternehmen.

Hinter den Kulissen: Premier Morawiecki (2.v.re.), der OA-Vorsitzende Hermes (2.v.re) und OA-Geschäftsführer Harms (Mitte) wurden zusammengeschnitten. Foto: Ost-Ausschuss

Die gestreamten Reden und weitere Hintergrundinformationen können über die Seite www.aa-stream.de abgerufen werden.

Christian Himmighoffen

Leiter Presse und Kommunikation
c.himmighoffen@aa-ev.de

Forsa-Umfrage: Klare Mehrheit wünscht engere Beziehungen von EU und Russland

Die Bundesbürger wünschen sich mehrheitlich eine engere Kooperation zwischen Europäischer Union (EU) und Russland: Zwei von drei Deutschen (62 Prozent) sprechen sich für intensivere Beziehungen aus. Diese Ergebnisse ermittelte eine repräsentative Forsa-Umfrage im Auftrag des Ost-Ausschusses mit Unterstützung von Wintershall Dea.

„Wenn es nach den Wünschen der deutschen Bevölkerung gehen würde, könnten die EU und Russland ihre Beziehungen auf vielen Feldern deutlich ausbauen“, kommentierte der Vorsitzende des Ost-Ausschusses Oliver Hermes. „Die Wirtschafts- und Energiebeziehungen bekommen durchweg gute Noten. Eine große Mehrheit kann sich einen gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum unter Einschluss Russlands vorstellen, will das Pipeline-Projekt Nord Stream 2 fertig bauen, mit Russland beim Thema Wasserstoff kooperieren, wünscht sich mehr Reisefreiheiten für russische Jugendliche und ist offen für den russischen Impfstoff Sputnik V.“

Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Russland ist sehr hoch

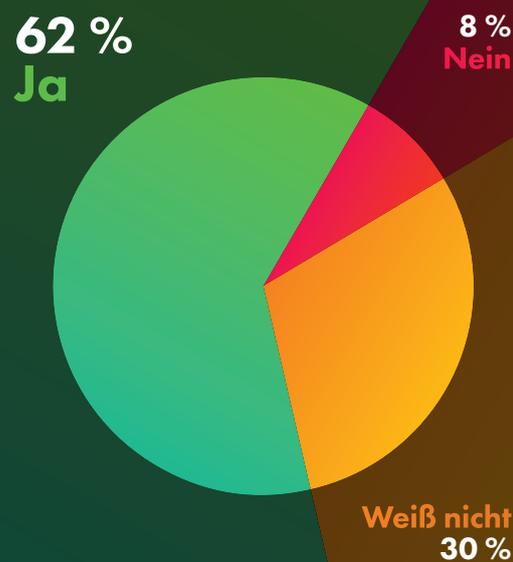
Auf dieser Positiv-Agenda ließe sich eigentlich aufbauen, so Hermes. Die politischen Konflikte der vergangenen Jahre führten aber dazu, dass beide Seiten dieses große Potenzial immer weniger ausschöpfen könnten: „Die Hoffnungen, dass die EU und Russland in den nächsten Jahren wieder zueinander finden, sind besorgniserregend gering: 60 Prozent gehen davon aus, dass die Zusammenarbeit auf ein Minimum beschränkt bleibt“, so der Ost-Ausschuss-Vorsitzende. „Aber die grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Russland ist sehr hoch. Dies ermutigt uns von Seiten der Wirtschaft, weiter auf diese Kooperation zu setzen.“ Hermes appelliert daher an die jetzige und künftige Bundesregierung, die Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung zu berücksichtigen und an einer Verbesserung der Beziehungen zu arbeiten. Auch Russland müsse hierzu aber seinen Beitrag leisten.

Der wachsende Pessimismus über die politische Zukunft spiegele sich auch in den Einstellungen der Befragten zu den EU-Wirtschaftssanktionen wider, die im Zuge des russischen Vorgehens in der Ukraine eingeführt worden waren. Mit 49 Prozent sei eine knappe Mehrheit der Befragten für eine Beibehaltung (34 Prozent) oder Ausweitung (15 Prozent) der Sanktionen, 44 Prozent wollten die Sanktionen reduzieren oder ganz abschaffen. Kein Verständnis gibt es für zusätzliche US-Sanktionen gegen das Pipelineprojekt Nord Stream 2. Diese werden von 75 Prozent der Befragten abgelehnt, nur 17 Prozent wollen das fast fertiggestellte Projekt noch stoppen. Selbst eine solide Mehrheit unter den Wählern von FDP (82 Prozent) und Grünen (69 Prozent) wünscht sich die Fertigstellung der Pipeline. Der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Oliver Hermes fühlt sich von den Umfrageergebnissen bestätigt: „Während es von einigen Parteien immer noch Gegenwind gegen das Pipelineprojekt Nord Stream 2 gibt, obwohl es rechtlich genehmigt und nahezu fertiggestellt ist, zeigen die deutschen Wählerinnen und Wähler für Blockaden kein Verständnis.“

Deutsch-russische Energiepartnerschaft auch für Wasserstoff

Nach dem in Deutschland beschlossenen Ausstieg aus Kohle und Kernkraft gilt Erdgas als Brückenenergie auf dem Weg in ein klimafreundlicheres Energiezeitalter, in dem auch Wasserstoff eine größere Rolle spielen soll. Um diesen Übergang zu beschleunigen, wird aktuell stark über die Nutzung von aus Erdgas erzeugtem Wasserstoff und die Einlagerung des anfallenden, klimaschädlichen Kohlendioxids nachgedacht. 58 Prozent der Befragten wären dafür, aus Erdgas hergestellten Wasserstoff aus Russland zu importieren, 30 Prozent können sich dies nicht vorstellen. „Die Dekarbonisierung der Wirtschaft ist eine der großen energiepolitischen Herausforderungen. Das Klima schonen und gleichzeitig die Energieversorgung

Würden Sie es befürworten, wenn die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Russland künftig intensiviert würden?



Welche Länder sind nach Ihrer Ansicht verlässliche Partner, um die rückläufige Erdgasförderung auszugleichen?

(Mehrfachnennungen möglich)

sichern – das bietet der Einsatz von Wasserstoff aus Erdgas als wichtiges Standbein für eine emissionsfreie Zukunft, und das geht mit Energie aus Russland“, so Mario Mehren, Sprecher des Arbeitskreises Russland im Ost-Ausschuss und Vorstandsvorsitzender von Wintershall Dea.

Positiver als oft behauptet, werde in der Bevölkerung auch die deutsch-russische Energiezusammenarbeit insgesamt gesehen: Im Vergleich zu einer Forsa-Umfrage aus dem Jahr 2020 konnte Russland als Energielieferant deutlich Vertrauen hinzugewinnen: 51 Prozent der Befragten halten das Land aktuell für einen verlässlichen Energiepartner (2020: 41 Prozent). Damit liegt Russland hinter Kanada (52 Prozent) und Norwegen (78 Prozent) an dritter Stelle. Die USA folgen mit deutlichem Abstand auf Platz vier, konnten aber unter der neuen Regierung Biden zumindest Ihre Werte deutlich von zehn auf 31 Prozent verbessern.

Russland wird bei der Erzeugung von grüner Energie bislang wenig zugetraut

Skeptischer zeigen sich die Befragten beim Bezug von erneuerbarer Energie etwa aus Wind- oder Sonnenkraft aus Russland. 52 Prozent fänden einen Import von erneuerbarer Energie aus Russland gut, 43 Prozent äußern sich ablehnend. „Russland wird bei der Erzeugung von grüner Energie bislang wenig zugetraut. Dabei hat das größte Land der Erde aufgrund seiner Größe und natürlichen Gegebenheiten ein riesiges Potenzial, klimaneutrale und grüne Energie in großen Mengen zu erzeugen“, so Mehren. „Wenn wir Klimaschutz weltweit voranbringen wollen, führt an einer Zusammenarbeit mit Russland auf diesem Gebiet kein Weg vorbei“, sagt der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Oliver Hermes. Diese Zusammenarbeit sei auch ein zentrales Thema auf dem Wirtschaftstag Russland in Rostock Anfang Juni gewesen. „Wir haben dort vorgeschlagen, die erfolgreiche deutsch-russische Energiezusammenarbeit zu einer Energie- und Klimaallianz weiterzuentwickeln“, so Hermes.

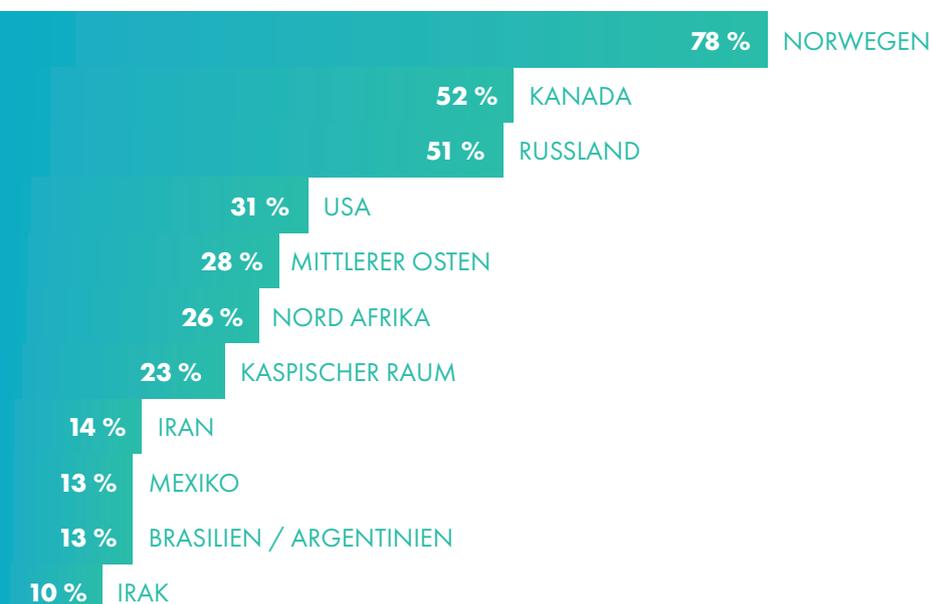
Nicht nur Ostdeutsche würden Sputnik V nutzen

Eine Kooperation mit Russland zur Bekämpfung der Corona-Pandemie wird in Deutschland sehr positiv gesehen: Den russischen Impfstoff Sputnik V würden insgesamt 60 Prozent der Befragten nutzen, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten. Mit 71 Prozent Zustimmung sind die Werte hier in Ostdeutschland deutlich höher, es gibt mit 58 Prozent der Befragten aber auch eine solide Mehrheit in Westdeutschland. 38 Prozent der Befragten würden Sputnik V hingegen nicht nutzen wollen.

Andreas Metz

Leiter Public Affairs im Ost-Ausschuss
a.metz@oa-ev.de

Die von Ost-Ausschuss und Wintershall Dea in Auftrag gegebene Forsa-Umfrage wurde im Zeitraum 29. April bis 10. Mai durchgeführt. Befragt wurden 1.001 repräsentativ ausgewählte Deutsche ab 18 Jahren. Die komplette Umfrageauswertung ist auf der Internet-Seite www.ost-ausschuss.de verfügbar.



Quellen: Forsa/Ost-Ausschuss

„Enge Verflechtung zahlt sich aus“

Der deutsche Handel mit Mittel- und Osteuropa hat im März wieder Fahrt aufgenommen. Der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Oliver Hermes kommentiert die Ergebnisse.

Das östliche Europa ist als Konjunkturlokomotive für die deutsche Wirtschaft zurück in der Spur: Im ersten Vierteljahr 2021 wuchs der deutsche Handel mit den 29 Partnerländern des Ost-Ausschusses mit 6,7 Prozent fast dreimal schneller als der gesamte deutsche Außenhandel (+2,4 Prozent). Insgesamt wurden Waren im Wert von 121 Milliarden Euro mit der Region gehandelt, das sind acht Milliarden Euro mehr als im ersten Quartal 2020, in dem es aufgrund der Corona-Pandemie zu ersten Behinderungen im Außenhandel kam, aber auch fünf Milliarden Euro mehr als im ersten Quartal 2019 (116 Milliarden Euro). Die enge Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit der Region, die für fast ein Fünftel des deutschen Außenhandels steht, zahlt sich einmal mehr aus.

Nach diesem starken Jahresauftakt und angesichts flächendeckend sinkender Corona-Infektionszahlen sowie der Fortschritte bei den Impfkampagnen setzen wir nun auf schnelle Öffnungsschritte der Politik. Daher gehen wir in den nächsten Monaten von einer starken Wirtschaftsdynamik aus. Auf Jahressicht ist nach dem coronabedingten Minus von 8,4 Prozent im Vorjahr ein zweistelliges Handelswachstum mit unserer Gesamtregion möglich. Risiken für diese Entwicklung sind schmerzhaft Engpässe in der Versorgung mit Computerchips, die beispielsweise die wichtige Automobilindustrie ausbremsen. Aber auch bei Kunststoff-Komponenten oder Holz sind auf den Märkten aktuell bedenkliche Knappheiten zu beobachten.

Polen vor den USA

Die deutschen Exporte in die 29 Ost-Ausschuss-Länder wuchsen in den ersten drei Monaten 2021 um 4,5 Prozent auf 61 Milliarden Euro, die Importe aus der Region stiegen sogar um 9,5 Prozent auf gut 60 Milliarden Euro. Die vier Visegrád-Länder Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn wie auch Südosteuropa führen die Entwicklung an. Polen lag damit als drittgrößter Importpartner Deutschlands vor den USA.

Die deutlichsten Zuwächse konnten wir im ersten Quartal erneut im Warenaustausch mit unserem wichtigsten östlichen Handelspartner Polen (+3,8 Mrd. Euro, +11,8 Prozent) und mit der Slowakei (+1,2 Mrd. Euro, +16,8 Prozent) verzeichnen. Auch Tschechien meldet sich mit einem Plus von 1,2 Milliarden Euro (+6,7 Prozent) zurück. Nach einer langen Durststrecke konsolidierte sich im ersten Vierteljahr auch der deutsch-russische Handel mit einem leichten Plus von 1,1 Prozent. Russland auf Platz vier der wichtigsten Handelspartner im östlichen Europa fiel aber weiter hinter die davor platzierten Länder Polen, Tschechien und Ungarn (+4,4 Prozent) zurück. Am Quartalsende setzte aber auch im Russland-Handel die Erholung ein: Im Monat März 2021 wuchs der Handel mit Russland gegenüber dem Vorjahr wieder um 12,5 Prozent. Auch in Südosteuropa stehen die Zeichen deutlich auf Erholung. Bremspuren sind hingegen leider für Zentralasien und den Südkaukasus zu verzeichnen.

Oliver Hermes

Präsident und CEO der Wilo Gruppe und Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft

Der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Oliver Hermes
Foto: WILLO



4. Unternehmertag:
Russland in Mecklenburg-Vorpommern
In diesem Jahr online

RUSSLANDTAG
4. Unternehmertag: Russland in Mecklenburg-Vorpommern
4. День предпринимателей: Россия в Мекленбург-Ворпомерн

How do you assess Russia's importance for your company in the long term?

strongly increasing	7 %
increasingly	45 %
unchanged	38 %
declining	7 %
rapidly declining	3 %

o.a.
INFORM • NETWORK • ACT

Der Ost-Ausschuss-Vorsitzende warb in Rostock für eine Klimapartnerschaft mit Russland.
Foto: Ost-Ausschuss

Oliver Hermes beim Russland-Tag in Rostock

Auf dem 4. Unternehmertag Russland in Rostock am 2. Juni warb Oliver Hermes, der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, in seiner Key-Note für die wirtschaftliche Zusammenarbeit und den Ausbau der Energiebeziehungen mit Russland. „Erdgas und seine Infrastruktur bauen uns eine Brücke in die Welt CO2-freier oder -neutraler Gase wie Wasserstoff, die künftig für industrielle Anwendungen oder im Verkehr benötigt werden“, sagte Hermes. „Wir schlagen daher vor, die erfolgreiche deutsch-russische Energiezusammenarbeit zu einer Energie- und Klimaallianz weiterzuentwickeln.“ Wer den Klimaschutz in Europa ernst nehmen, müsse sich gerade dem Osten Europas zuwenden. „Ob die Klimawende auf unserem Kontinent gelingt und ob sie neuen Wohlstand schafft, entscheidet sich auch in und mit Russland“, sagte Hermes. Der Ost-Ausschuss-Vorsitzende plädierte für einen gemeinsamen „Wirtschafts- und Umweltraum von Lissabon bis Wladiwostok“. Eröffnet wurde der Russland-Tag in Mecklenburg-Vorpommern von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig.

Ost-Ausschuss unterstützt Stipendienprogramm der KLU

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit der Kühne Logistics University (KLU) hat der Ost-Ausschuss im Studienjahr 2020/2021 zwei besonders leistungsstarke und sozial engagierte Studierende für ein Jahr mit einem Deutschlandstipendium unterstützt. In diesem besonderen Stipendienmodell verdoppelt die öffentliche Hand Spenden von Unternehmen, Verbänden oder Privatpersonen. Im Rahmen des Deutschlandstipendiums ermöglicht eine Spende von 1.800 Euro an die KLU-Studienstiftung bereits ein ganzes Jahr Förderung. Ab sofort ist es möglich, KLU-Studierende im kommenden Studienjahr 2021/22 zu fördern. Kontakt bei der KLU: Dr. Rupert Seuthe, +49 40 328707-206, rupert.seuthe@the-klu.org

Ost-Ausschuss traf ukrainischen Außenminister

Die deutsche Wirtschaft treibt die Energiekooperation mit der Ukraine voran: Die Zusammenarbeit bei den Themen Erneuerbare Energien, Wasserstoff und Green Deal stand am 8. Juni im Zentrum des vom Ost-Ausschuss organisierten Treffens mit dem ukrainischen Außenminister Dmytro Kuleba und deutschen Unternehmen in Berlin. Die Ukraine kann und soll eine strategische Rolle bei der Produktion von grünem Wasserstoff in Europa spielen, darin waren sich die Teilnehmer einig. Windkraft, Solarenergie, Wasserkraft und andere alternative Energien haben in der Ukraine ein enormes Potenzial. Um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, muss auch die ukrainische Stahlbranche auf grüne Energien und grünen Wasserstoff unter dem Slogan „Green Steel“ setzen.

Mitglieder-News

Die **Commerzbank** startet den Verkauf ihrer Ungarn-Sparte. Dabei ist der bereits angekündigte Rückzug Teil der Konzentration auf die Kernmärkte, um Kosten zu senken. Die Ungarn-Tochter der Commerzbank machte 2020 laut Geschäftsbericht 1,2 Milliarden Forint (3,4 Millionen Euro) Gewinn.

Der Handelskonzern **Rewe International** verabschiedet sich aus Russland und verkauft 161 Billa-Supermärkte im Großraum Moskau an die russische Supermarktkette Lenta. Der Kaufpreis beläuft sich auf 215 Millionen Euro. Die Verkaufsvereinbarung steht aber noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung der russischen Wettbewerbsbehörde.

Das internationale Transport- und Logistikunternehmen **Gebrüder Weiss** nimmt in Ungarn Fahrt auf. Mit einem umfangreichen Investitionspaket von rund 30 Millionen Euro gehen ab Juni in Zalaegerszeg und Pécs zwei strategisch bedeutende Standorte in Betrieb. Beide liegen an wichtigen Verkehrsverbindungen Richtung Süd- und Südosteuropa (Adria-Korridor). In Győr, Polgár und Budapest entstehen neue Logistikflächen.

In Tschechien fahren künftig noch mehr Viaggio-Fernverkehrszüge von **Siemens** und Skoda Transportation. Der Bahnbetreiber Ceske Drahy (CD) hat weitere 20 neunteilige Zug-Garnituren mit insgesamt 180 Reisezugwagen für rund eine halbe Milliarde Euro bestellt.

Achim Development hat mit der heißen Inbetriebnahme von Block 5A der Achimov-Formationen des Gas-, Öl- und Kondensatfeldes Urengoijskoje in Westsibirien begonnen. Der Start der Förderung markiert für **Wintershall Dea** und Gazprom einen weiteren Meilenstein in der Entwicklung der Achimov-Vorkommen.

Zeppelin Ukraine baut nach 25 Jahren ein neues eigenes Hauptquartier und neue Servicestellen in dem Land. Aus Anlass des Baubeginns wurde im April 2021 eine Zeitkapsel mit Glückwünschen von Partnern und Kollegen gelegt.